Jan Korte
Mitglied des Deutschen Bundestages

EINGEGANGEN
1088
30. NOV. 2011

Jan Korte MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An
Herrn Dr. Heelemann
Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.
Magdeburgerstr. 23

06112 Halle

Berlin, 25.11.2011

Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-71100
Fax: 030 227-76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de
Homepage: www.jankorte.de

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstr. 2b
06406 Bernburg
Telefon & Fax: 03471-622 947
jan.korte@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Telefon: 03493-401 594
Fax: 03493824 957
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Grenzstr. 11
39418 Staßfurt
Telefon & Fax: 03925-322 381
stassfurt@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Telefon & Fax: 03496-700 347
koethen@jankorte.de

Mitglied im Innenausschuss

Mitglied im Vorstand der
Fraktion DIE LINKE.

Datenschutzbeauftragter der
Fraktion DIE LINKE.

Sehr geehrter Herr Dr. Heelemann,

vielen Dank für Ihr Schreiben zu den Kürzungen für Krankenhäuser im Versorgungsstrukturgesetz.

Ihre Kritik an dem Versorgungsstrukturgesetz kann ich sehr gut nachvollziehen. Auch wir in der LINKEN lehnen Sparmaßnahmen bei Krankenhäusern zu Lasten der Patienten und Mitarbeitenden ab.

DIE LINKE setzt sich in mehrfacher Weise für die Anliegen der Krankenhäuser und der dort Beschäftigten ein, damit die Patientinnen und Patienten eine gute Versorgung erwarten können.

1. Wir fordern jedes Jahr in den Beratungen zum Bundeshaushalt, so auch gerade in dieser Woche, dass der Investitionsstau mit Hilfe von Bundesmitteln aufgelöst werden soll. Daher fordern wir für einen Zeitraum von 10 Jahren einen Zuschuss zu der Finanzierung aus Landesmitteln von jährlich 2,5 Milliarden Euro. Die Länder sollen ebenfalls 2,5 Milliarden dazusteuern. Damit ließen sich in 10 Jahren bis zu 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren.

2. Wir fordern, dass die notwendigen Tarifsteigerungen der Beschäftigten durch steigende Preise refinanziert werden müssen. Daher haben wir die Kampagne „Der Deckel muss weg!" sowie die Demonstration 2008 unterstützt. Es kann nicht sein, dass Kostensteigerungen bei Sachmitteln sowie eine schlechte Kassenlagen bei den Krankenkassen letztlich immer wieder auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Denn letztlich sind es auch die

Jan Korte
Mitglied des Deutschen Bundestages

Patientinnen und Patienten, die unter den schlechten Arbeitsbedingungen zu leiden haben.

3. Daher unterstützen wir auch die aktuellen Vorschläge, den Krankenhäusern bereits beschlossene Kürzungen zu erlassen. Gleiches gilt für die Einführung des Orientierungswertes statt der Grundlohnanbindung. Übrigens: Gäbe es die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, dann gäbe es keine Grundlohnanbindung, weil die Einnahmen der Kassen nicht nur von der Lohn- und Rentenentwicklung, sondern auch von Gewinnen und Kapitaleinkünften abhinge.

4. Im Gegenzug muss aber verhindert werden, dass es zu Leistungsausweitungen kommt, die nicht durch die gestiegene Morbidität zu erklären sind. Ungerechtfertigte Leistungsausweitungen führen zu gesundheitsgefährdender Überversorgung und zu einer unverhältnismäßigen Belastungen der Versichertengemeinschaft.

Mein Kollege Harald Weinberg MdB hat in dieser Woche eine schriftliche Frage an die Bundesregierung gestellt, wie die Bundesregierung sich zu Forderungen positioniert, die die Krankenhäuser entlasten würden.

Falls Sie weitere Anregungen oder Rückfragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Korte